

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Natürliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Monat Juli 13 000 M. ohne Zutragen. Einzelne Nummern 600 M. Sonntags 700 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. Postcheckkonto Dresden 12 548.

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Pettizelle 1000 M. außerhalb der Amtshauptmannschaft 1500 M. im amtlichen Teile (nur von Behörden) Zeile 3000 M. — Eingelandet und Reklamen Zeile 3200 M.

Berantwortlicher Redakteur: Felix Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 171

Donnerstag den 26. Juli 1923

89. Jahrgang

Erhöhung der Teuerungszulage zu der Zusatzrente.

Die zu der Zusatzrente zu gewöhnende Teuerungszulage für den Monat Juli ist von 87 v. H. auf 237 v. H. erhöht worden.

Infolgedessen erhalten sämtliche Versorgungsberechtigte, die im Monat Juli zum Bezug einer Zusatzrente berechtigt waren, das 1½-fache des für Juli geltenden Grundbetrags nachgezahlt. Bespielweise beträgt die Nachzahlung für eine Witwe (3000 mal 33) mal 1½ = 148 500 M. Mit der Überweisung der fälligen Beträge wird sofort begonnen.

Die Einkommensgrenzen für Juli bleiben unverändert.
Bezirksamt für Kriegerfürsorge Dippoldiswalde,
am 21. Juli 1923.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß der Straßenwärter Paul May Jäpel in Reinhardtsgrimma und seine Ehefrau Elsa Minna geb. Ehrhardt durch Vertrag vom 13. Juli 1923 die Verwaltung und Nutzung des Mannes ausgeschlossen haben. 2 A Reg. 2b/23.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 23. Juli 1923.

Freitag den 27. Juli 1923 abends 8 Uhr

öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Sonnabend den 28. nachmittags 3 Uhr

Verlosung von Brennholz

an der Schützenhalle. Teilnehmerkarten-Ausgabe Freitag den 27. nachmittags von 3—5 Uhr in der Polizeiwache. Zahlungsfrist 8 Tage. Alle die, die durch die jetzt stattgefundenen 4 Verlosungen oder sonst wie von der Stadt Brennholz bekommen haben, sind diesmal ausgeschlossen.

Der Stadtrat.

Öffentliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde, 25. Juli. Heute vor 50 Jahren bestimmten auch die biesigen Stadtverordneten den 2. September zum Nationalfeiertag. Er wurde dann in Verbindung mit einem Kinderfest zum ersten Mal gefeiert.

Lagesordnung für die 15. Stadtverordnetensitzung Freitag den 27. Juli 1923 abends 8 Uhr. Deßwegen Sitzung: 1. Kenntnisnahme; a) Gaspreisabrechnung; b) Sonderbeitrag für die Handelschule; c) Kosten der Wohlfahrtspflege; d) Erhöhung der Verpflegungskosten im Krankenhaus; e) Staatsbeihilfe für die Handelschule; f) Mutterberatungstelle; 2. Vermüllung eines Beitrages zur Förderung des Sauglings- und Mutterchuges; 3. Sonderbeitrag an den Sächsischen Heimatfonds; 4. Kosten für Reparatur der Kirchturmuhren; 5. eine Wohnungsausschuhangelegenheit; 6. Zurückstellung von Kosten für eine hergestellte Wohnung. — Hierauf nichtsöffentliche Sitzung.

Das Ofenloch als vorläufiger Kühlraum. Keine Hausfrau braucht mehr zu klagen, daß sie keinen Eisenschrank besitzt. Sie hat im Ofenloch einen vollwertigen Ersatz gefunden. Freilich ist dieser Kühlraum nur klein, aber immerhin groß genug um die leicht verderblichen Dinge, wie Butter, Milch und Bergsteine, auch bei den größten Hitze darin frisch und gut zu erhalten. In diesem Zweck räumt man alle Wäsche aus dem Ofenloch gründlich heraus, legt es mit Papier aus und der Kühlraum ist fertig. Ist der Ofen mit Kohle eingerichtet, befindet sich also unter dem Feuerloch noch ein Abgasloch, so ist die Sache geradezu ideal, denn jetzt kann sogar eine Regulierung der Temperatur eintreten. Unten in das Ofenloch kommt eine kleine Schüssel mit kaltem Wasser. Oben hinein kommen die leicht verderblichen Gegenstände. Es geht wirklich eine erstaunliche Menge da hinein. Auch Fleischvorräte, Wurst, Käse sind dort vor allem Verderben und vor der lästigen Fliegenplage vollkommen sicher. Nun wird das Feuerloch fest zugeschaut und das Türrchen des Ofenloches, so weit eben ein solches vorhanden ist, nur leicht angelehnt. Dadurch entsteht im Ofenloch ein leichter Zug, die Verdunstung des Wassers sorgt die Temperatur bleibt noch herunter und es wird stets eine angenehme Kühle im Ofen herrschen.

Der Landesausschuss des sächsischen Kleinhandels machte die sächsischen Handelskammern auf das Eindringen ungeeigneter Elemente in den Kaufmannstand aufmerksam und regte einen gesetzlichen Schutz der Bezeichnung „Kaufmann“ gegen Missbraüche an. Für deren Verwendung möchte ein entsprechender Nachweis beruflicher Vorbildung zur Bedingung gemacht werden. Die Handelskammern haben in diesem Falle die Anwendung des Gesetzesbewilligen. Maßnahmen von dieser Seite würden nur einen Teil des Kaufmannstandes treffen und die Freiheit des Handels einschränken. Es erscheine auch unangebracht, ohne zwingenden Grund die zur Bekämpfung des Handels erlassenen Gesetze und Verordnungen noch zu vermednen.

Eine Nachtrags-Kirchensteuer. Von der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen wird auf das Rechnungsjahr 1922 das 10fache der nach der letzten Veranlagung auf Grund der vorläufigen Kirchensteueroordnung vom 21. November 1922 erhobenen Steuerbeträge Landeskirchensteuer und Kirchgemeindesteuer als Nachtragssteuer erhoben.

Zum Reisen in der 4. Klasse. Die Reichsbahndirektion gibt neuerdings über die Mitnahme von Traglasten in die

Personenwagen bekannt: Wiederholte Beschwerden des reisenden Publikums haben Veranlassung gegeben, die Mitnahme von Lumpen, Knöchen und sonstigen überlebenden Gegenständen, die gesagt sind, Mittelende zu belästigen oder Krankheiten zu verbreiten, als Traglasten in die Personenwagen zu verbieten.

Die Gültigkeit der Rückfahrtkarten mit vierjähriger Geltungsdauer wird aus Anlaß der Taxifahrt zum 1. August nicht beschränkt. Mit diesen Fahrtkarten kann die Fahrt innerhalb der vierjährigen Geltungsdauer angetreten werden. Sie muß jedoch innerhalb der vierjährigen Geltungsdauer beendet sein. Dies gilt auch für die mit „Rückfahrt“ gekennzeichneten Fahrtkarten. Mit Fahrtkarten von längerer Geltungsdauer als vier Tagen, die mit einem Tage des Juli abgestempelt sind, muß die Fahrt jedoch längstens bis 3. August angetreten werden.

„Pilsner“ Bier. Von deutsch-böhmischem Seite wird geschrieben: Vorübergehend in Dresden anwesende deutsche Reisende aus Böhmen wundern sich nicht wenig, daß dort in mehreren größeren Brauereien immer noch das tschechische „Pilsner“ zum Ausbau kommt, dessen, wie schon wiederholt festgestellt wurde, in fast ausschließlich tschechischem Besitz und Betrieb befindliche Brauereien ganz bedeutend auf den deutschen Konsum angewiesen sind, trotzdem aber tschechisch-nationale und deutschstädtische Verbesserungen fördern. Ist in reichsdeutschen Großstädten der Bedarf an „echtem Böhmischem“ vorhanden, dann ist es in gegenwärtiger Zeit, in der die Tschechenblätter gemeinsame Sache machen mit den französischen Bedürfern und die Nachrichten aus dem besetzten Gebiet in Prag wie Siegesmeldungen bejubelt werden, wohl richtiger, ein böhmisches Bier deutscher Erzeugung einzuführen, wie z. B. jenes der Saazer Urstoff-Brauerei, die erst vor wenigen Jahren mit allen Neuerungen auf brautechnischem Gebiete von der böhmisch-deutschen Landwirtschaft erbaut, auch allein die bekannt ersten Erfolge ihres Brauereibezirkes (Saazer Hopfen und Saazer Biergärten) ausschließlich verarbeitet und u. a. nach dem sachtechnischen Gutachten des Direktors der Berliner Brauerei ein den Pilsner Bieren mindestens gleichwertiges, gehaltvolles Gebräu als „Saazer Urstoff“ (hell und dunkel) erzielt. — Es dürfte übrigens interessieren, daß der deutsche Ortsname „Pilsen“ amtlich ausgegeben wurde.

Lauenstein. Am 23. November 1922 wurde die Wirtschaftsbehörde Anna erw. Renfz aus Rennsdorf vom bissigen Schöffengericht wegen verschiedener Holzdiebstähle zu 15 000 M. Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagte wie auch die Amtsanwältin legten gegen dieses Urteil Berufung ein. Die vierte Strafkammer des Landgerichts Dresden verworf nach umfangreicher Berufung der Angeklagten, hob aber auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Urteil des Vorsitzt. auf und verurteilte Frau Renfz zu nunmehr 100 000 M. Geldstrafe.

Dresden. Der Textilindustrielle Generaldirektor Wilhelm Kaufmann in Dresden hat erneut eine halbe Milliarde gestiftet, und zwar 300 Millionen Mark zum Ankauf von Baracken für Lungenheilstätten und 200 Millionen Mark für Sozial- und Kleintreinter und unschuldig in Not geratene Erwerbslose, ferner 70 Millionen Mark zum Ausbau des städtischen Sportplatzes in Pirna. Mit seinen sonstigen diesjährigen Spenden zusammen, darunter allein 10 000 Dollar für die Technische Hochschule, erreichen Kaufmanns Stiftungen bereits weit über eine Milliarde Mark.

Am 23. Juli war es in Niederschönitz gelungen, den 37 Jahre alten, aus Bodenbach gebürtigen Heizer und Maschinisten Alfred Johannes Flachs in dem Augenblick zu verhaften, als er mit neu abgeschlossenen Hühnern nach Dresden fahren wollte, um die Tiere im Döbelner Bahnhof zu verkaufen. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben alsbald, daß Flachs wiederholt und auch empfindlich vorbestraft ist, daß er von 8 Staatsanwaltschaften wegen der verschiedenen Delikte steckbrieflich gesucht wurde, und daß er jener unbekannte Einbrecher war, der in letzter Zeit als der Schrecken der Kleintierhalter in der Döbelner, Pirnaer, Bodenbacher und Auffiger Gegend galt und gesuchter war. Wahnsinn drang Flachs in Gefangenstellte, zumal sogenannter kleiner Leute ein, erbeutete hunderte von Hühnern und anderen Kleintieren, und richtete gerade in der Lege- und Brutzzeit oft sehr großen Schaden an. Chemnitzer und Zwickauer Händler waren seine Hauptabnehmer. Zahlreiche derartige Geflügel- und Kleintierdiebstähle hat Flachs in der Untersuchungshaft zugestanden. Am 7. Juli wurde er wegen einer Erkrankung nach dem Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt; dort ist Flachs vor einigen Tagen entwichen.

Pausa. Opfer der Zeit sind, wie so manches Unternehmen, auch die beiden Bäder Pausa und Linda-Pausa geworden. Während letzteres vor wenigen Jahren in den Besitz der Ortskrankenanstalt übergegangen und von ihr als Erholungsheim eingerichtet worden ist, ist ersteres seinen Badebetrieb eingestellt und dient nur noch als Vergnügungsstätte. Als im August 1918 die Gedächtnis seiner vor 150 Jahren erfolgten Gründung begangen wurde, ist von Badegästen eine Summe gestiftet worden, die als Grundstock zu einer Jubiläumsstiftung des Bades Pausa dienen sollte. Zweck dieser Stiftung sollte sein: „Die Unterhaltung bedürftiger und würtziger Kranker des Königreichs Sachsen. Zu diesem Zweck soll aus Mitteln der Stiftung ein Kurbad für derartige Kranken errichtet werden.“ Hierzu stellte der damalige Bäderchef des Bades der Stiftung ein neben dem Bad gelegenes Grundstück zur Verfügung. Der Jubiläumsstiftung sind leider keine weiteren Mittel zugeflossen, und sie ist in ihrem Bestande nicht über 2000 Mark hinausgekommen. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen hierbei kein Ausicht bestand, daß der Zweck der Stiftung jemals erfüllt werden würde, ist jetzt, wie im „Sächsischen Grenzboten“ berichtet wird, die Stiftung aufgelöst und ihr Vermögen der Albert-Carola-Stiftung in Pausa zugeschlagen worden, die sahngemäß den Zweck verfolgt, armen und bedürftigen Kranken einen Kurgebrauch zu ermöglichen.

Kleinziehner. In einem kleinen Buttergeschäft steht ein neuunbürtiges Mädchen einer Frau die Brieftasche mit etwa 200 000 Mark Inhalt. Das Kind wurde später erklapp und die Brieftasche aufzufinden. Das Kind leugnete aber den Diebstahl und verteidigte auch nicht, was es mit den bereits fehlenden 100 000 M. gemacht habe.

Jitzau. Um den Bürgermeisterposten haben sich 35 Herren beworben, von denen 2 aus Jitzau, 16 aus dem übrigen Sachsen und 17 aus den verschiedenen Teilen Deutschlands stammen.

Chemnitz. Am Montag wurde ein Arbeiter beim Reinigen eines Kessels in einer Fabrik in Schönau bewußtlos. Er wurde bald durch die Feuerwehr aus dem Kessel befreit, doch war bereits der Tod eingetreten.

Zwenkau. Der kommunistische Stadtverordneten-Kollegiums auf 4 Sitzungen ausgeschlossen worden. Die kommunistische Partei erkannte die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses nicht an und hatte die kommunistische Hundertschaft aufgefordert, die gegen 11/10 Uhr vor das Rathaus rückte und den Empfang einer gewohnten Abordnung erzwang. Die Kommission wurde um 10 Uhr vorgelassen und verlangte die Zurückziehung des Beschlusses, worauf Franke der Sitzung bis zum Ende noch bewohnte. Die Hundertschaft, ausgerüstet mit Sanitätern, rückte darauf wieder ab. — Wirklich idyllische Zustände.

Niederwürschn. Zwecks Verschmelzung mit der Stadt Zwönitz soll hier eine Urbstimmung in die Wege geleitet werden.

Oberplanitz bei Zwönitz. Infolge des Kohlenabbaues sind auf der Straße Oberplanitz-Gainsdorf, abermals starke Bodensenkungen eingetreten, die die Auffüllung der Straße erforderten.

Der biesige Gemeinderat hat die kostenlose Totenbestattung beschlossen.

Werdau. Der für das Rechnungsjahr 1923/24 aufgestellte Haushaltplan ist von den städtischen Kollegien verabschiedet worden. Er erfordert 4 278 111 000 M., denen Deckungsmittel in Höhe von 3 136 184 000 M. gegenüberstehen, sodass sich ein Fehlbetrag von 1 141 927 000 M. ergibt.

Wachau. Graf von Schönburg-Glauchau hat aus Anlass seines 50. Geburtstages der Gemeinde 5 Millionen Mark für die Ortsarmen zur Verfügung gestellt. Weiter hat der Privatmann Hermann Diez hier seine Rücksiedlung in Großstädteln (etwa 15—20 Rentner Kirchen) zu demselben Zweck abgetreten.

Schönau. Einem Schwindsünder fiel hier ein erkrankter Kellner zum Opfer. Ein angeblicher Berufsgenosse von ihm war hier gekommen und hatte in einem Fremdenhof um Arbeit nachgesucht. Er war an das Stadthaus verwiesen worden, dessen Kellner zurzeit krank ist. Der Unbekannte ging darauf zu dem erkrankten Kellner und ließ sich dessen Anzug, der ihm auch aus kollegalem Entgegenkommen ausgebündigt wurde. Statt aber die Stellung

des Kellners amitlich ausgegeben wurde.

Turnen, Sport und Wandern im Reichs- und im sächsischen Haushaltplan.

Dem Telunion-Sachsenland wird geschrieben: Trotz der schwierigen Finanzlage haben die Regierungen des Reichs und Sachsen in Verbindung mit Reichstag und Landtag eine erhebliche Erhöhung der Mittel beschlossen, die zur Förderung der Turn- und Sportbewegung gegeben wurden. Die kürzlich verabschiedeten Haushaltpläne des Reichsministeriums und des sächsischen Ministeriums für Volksbildung enthalten diese Bewilligungen. Im Reich sind die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehenen Summen um das Vierteljahr auf 2 Milliarden Mark erhöht worden. Davon sind 200 Millionen Mark für die Deutsche Hochschule für Leibesübungen bestimmt. Von den verbleibenden 1800 Millionen werden 720 Millionen zur Errichtung von Turn-, Spiel- und Sportplätzen und dieselbe Summe zur Förderung des Jugendwanderns verwendet. 360 Millionen werden den Ländern nach Maßgabe der Bevölkerungszahl überwiesen. Auf Sachsen entfallen 28 360 000 M. Die Summe soll der Geldentwertung wegen möglichst schnell ihrer Belebung zugeführt werden. Das Ministerium für Volksbildung wird deshalb in allerhöchster Zeit in Gemeinschaft mit dem Landesbeirat für Jugendspiele und Leibesübungen die Verteilung dieser Mittel beschließen. Das weitere 360 Millionen, über die das Reich selbst verfügt, sollen in erster Linie Pläne von vorbildlicher oder größerer Bedeutung unterstützt werden, bei denen das Zusammenwirken des Reichs und der Länder wünschenswert ist. Anträge auf Beihilfen dieser Art können an das Ministerium für Volksbildung gerichtet werden, das sie an das Reich weiter leiten wird.

Die zur Förderung des Jugendwanderns bestimmten 720 Millionen sollen in der Hauptroute zum Kauf von Herbergsgeräten verwendet werden, und zwar soll dazu Heeresgeräte angekauft werden, das juriell zu günstigen Bedingungen zu haben ist. Der Verband für deutsche Jugendherbergen erhält die Mittel ratenweise. Die verschiedenen Gegenden des Reichs sollen dabei gleichmäßig berücksichtigt werden. Etwa 200 Millionen Mark sollen zum Ausbau von Jugendburgen oder anderen vorbildlichen Schlafpunkten des Jugendwanderns verwendet werden. Ein kleiner Betrag von 30 Millionen wird dem Verband für deutsche Jugendherbergen zur Geschäftsführung für Führerlehrgänge und für die Verbandszeitungen überwiesen. Über die letzten 360 Millionen verfügt der Reichsminister des Innern zur Unterstützung von Reichsverbänden, deutschen und internationalen Kampfspielen usw.

Der sächsische Landtag hat im Haushalt des Ministeriums für Volksbildung eine Million Mark zur Unterstützung der Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes bewilligt. Außerdem sind 100 Millionen für Leibesübungen und Jugendpflege eingesetzt. Zwei Drittel davon sind zu gleichen Teilen an das Arbeiter-Landes-Sportkärtell und die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Landesausschuß für Leibesübungen und dem 14. Turnkreis (Sachsen) der Deutschen Turnerföderation zu verteilen. Ein Drittel bleibt der Regierung zur Verfügung für Turn-, Spiel- und Sportplätze, soweit sie von Gemeinden oder Schulbezirken errichtet werden, und für sportliche Lebendgänge. Solche Lebendgänge werden die Ministerien selbst veranstalten. Aber es sollen auch Beihilfen an Belebungen nichtstaatlicher bzw. nichtsächsischer Lebendgänge gegeben werden. Alles das wird nach der Befreiung im Landesbeirat durch Verordnung noch näher geregelt werden. Die Ministerien für Volksbildung und des Innern werden sich in den nächsten Tagen mit dem Landesbeirat für Jugendspiele und Leibesübungen über die Verteilung der 100 Millionen einigen. Die Erhöhung der Beihilfen des Reichs und des Staates ist zu begrüßen. Ausreichend können sie natürlich nicht sein. Umso mehr muß dafür gesorgt werden, daß diese Mittel zweckentsprechend verteilt werden, damit eine möglichst große Wirkung erzielt wird.

Für wen arbeitet die Zeit?

Zwei in englischer Sprache erscheinende französische Blätter, der *Daily Mail* und die *Chicago Tribune*, verklären ihren Lesern, die Zeit arbeite für Frankreich; der englische Entwurf wäre zu spät eingetroffen, und jeder Tag bringe Deutschland seinem Untergange näher. Sicherlich ist die deutsche Wirtschaftslage alles andere als glänzend, und niemand gibt sich darüber einer Täuschung hin. Englische und amerikanische Berichterstatter haben ohne sensationelle Aufmachung geschildert, was an der Ruhe wirklich vorgeht, und wenn die Hungerblöcke effektiv wird, das große Säuglingssterben beginnt, wird das, was die Franzosen heimlich fürchten, Tatsache werden, das Ausland wird sich einmischen müssen. Dasselbe Ausland, das sogar einem Sowjetreisland in Hungersnöten beisprang und Rettungsaktionen veranlaßte. Nicht ohne guten Grund verwahrt Frankreich gegen den auch von der englischen Presse erhabenen Vorwurf, Deutschland durch Auskunftsvergabe niederringen zu wollen; denn dann würde der Zivilisationskrieg gar zu deutlich abblättern, und der Entente wäre die Feststellung an die Hand gegeben, daß unter allen Zwangsmitteln des Verfaillier-Vertrages eine Ernährungskrise gegen Deutschland nicht vorgesehen ist. Aber „die Zeit arbeitet für Frankreich“.

Wohin gegen Deutschland? England, Italien, die Vereinten Staaten, die neutralen Mächte, selbst Belgien sind durch eine sechsmonatige Aufhebung wirtschaftlich fühlbar belehrt worden, daß die französische Brandstiftung auch auf ihre eigenen Häuser übergeht. Mag eine Marfaner bestie ein Kind mit einem Röbenschlag töten, das ist nebenfachlich und kaum erwähnenswert; aber die Aussicht, den deutschen Absatzmarkt zu verlieren, weil ein von Hunger ausgemergeltes Volk weder produziert noch kaufen kann, schlägt auch das verschiedenste Finanzgewissen. Als Lord Curzon in dieser Erkenntnis mit seinem Röbenschlag an Deutschland eingeschritten, erhob sich nicht einziger Widerspruch; denn er hatte als Anwalt alter Kulturländer gehandelt und fand heimlich auch in den französischen Industrie- und Handelskreisen Anklang, die den Verstand noch nicht ganz durch Chauvinismus verloren hatten. Nur Poincaré blieb urbeliebbar und erwartete Hilfe von der Zeit.

Indessen diese sonst in offizielle Helferin erwies sich diesmal als filialistisch. Wenn er sich auch, gereizt durch fortwährende Widerstände, zum Raubmörder größten Formats entwickelte, konnte er wohl seinem leichtgläubigen Publikum vorabholieren, das Ruhrgebiet sei eine mellende Kuh für die französischen Finanzen, nur stimme damit das den Kammermännern vorgelegte Budget nicht, und seine Zahlenskulpturen stellten bei der Anforderung von Ruhrkrediten nicht Stich. Es mußten Anleihen aufgenommen werden, und in England begann man dem Herrn Habeckalb vorzurednen, daß das ganze Ruhrgeschäft trotz aller Milliardendebütsäume und Kostenbeschagnahme eine aufgelegte Pleite wäre, eine Ansicht, die von den Sachverständigen aller Staaten geteilt wurde. Daran änderte auch die Befriedigung nichts, die von den aus Paris nach der Ruhr entsandten Kontrollorganen zur Schau getragen wurde. Ihre Berichte erinnerten an die famosen russischen Bulletins über Siege, bei denen bloß ein Totale auf dem Blaue geblieben war.

Während die Zeit dermaßen für Frankreich arbeitete, beschäftigte sie sich auch mit Deutschland. Niemand wird leugnen, daß die Verspätung der Cente, die Inflation des Goldes und die Schwierigkeit, Rohstoffe aus dem Ausland heranzutragen, auf alles andere als auf wirtschaftliches Wohlgergen hindeutet. Lebensmittelkrise, innerpolitische Spannungen vervollständigen das trübe Bild der deutschen Genenwart, wobei eingeschaltet sei, daß die französische Presse nebst Poincaré mit sich selbst in Widerstreit gerät, indem sie in einem Atem über den Niederbruch Deutschlands jubelt und sich darüber beschlägt, daß die deutsche Industrie in Aufrüttungen schwimme und der Staat Eisenbahnen und Kanäle bauet und alles wieder in den besten Stand der Vorkriegszeit setze. Aber das nebenbei. Trotz dieser Schwierigkeiten steht die Ruhrfront fest und denkt nicht an Abstellen. Ein wahnsinniger die französischen Zwangsmasregeln werden, ein Beweis für die Wirkung des ungebrochenen passiven Widerstandes, um so stärker wird das stählerne Band, das besetztes und unbesetztes Gebiet verbindet. Die Ermüdungsstatistik erfüllt ihre Ueberhöhung, nicht die Ruhrbevölkerung, nicht die Parteien, die nach wie vor betonen, neben der amtlichen Organisation des Widerstandes stehe die der Arbeiter, und diese lehnen jedes Nachgeben ab. Sie haben am eigenen Elbe erfahren, was ein Dasein unter französischer Herrschaft für sie bedeutet, und jeder Peitschenhieb, jede neue Errichtung rüft ihnen diese Barbarei ins Gedächtnis zurück. So arbeitet die Zeit für Deutschland.

Aber auch für alle von einem europäischen Krieg bedrohten Mächte, die in Großbritannien den Sachwalter ihrer Interessen erblicken. Allerdings ist diese Arbeit insofern schon getan, als der Geduldssaden der Beteiligten nahezu abgesponnen ist. Wenn auch einmal die Ruhebewegung in der Geschichte als eine kurze schauervolle Episode vergeschnitten sein wird, müssen doch die mitleidenden Zeitgenossen auf ihre mögliche Abteilung bedacht sein, und paßt das englische Pflegma der gallischen Nervosität auch viel zugute, so näheren wir uns doch dem Zeitpunkt, wo man nicht nur in London es für angezeigt findet, diese auf einer Allgemeinheit belämmrlichen Maß zurückzuführen. Das Ruhebedürfnis überwiegt, und wenn es nicht bestückt werden kann, wird man nachzuprüfen haben, ob die gegenwärtige, sich in der Entente ausbreitende Machtkonstellation tatsächlich einen Vorteil für alle bedeutet, oder ob dieser eine Legende ist, aus der nur einer Augen schöpft. Die Probe auf das Exempel wird die allgemeine, ernstlich betriebene Abreitung sein, und das Washingtoner Abkommen war dazu das Beispiel. Die Vereinigten Staaten haben unlängst diese Note wieder angeschlagen, und sie könnte in die Verhandlungen über die Ruhr und die Reparationen hineinfließen.

Die im Unterhaus durch einen Abstimmungsantrag des Arbeitsführers Mac Donald herbeigeführte Aussprache brachte eine wichtige Erklärung des Außenministers Hoare heraus, wonach es vor der Herauslösung der englischen Rüstungen nötig sei, daß die Abreitung allgemein werde und vorher eine moralische Abreitung stattfinde, namentlich, daß man die Gefühle des Verdachts und der Unsicherheit unterdrücke, die jetzt die Grundlage des europäischen Friedens unterwählen. Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und macht verständlich, wenn der diplomatische Mitarbeiter des *Daily Telegraph* bereits vor dieser Verhandlung von einem „moralischen Anschluß an die Welt“

sprach. Diese Welt ist der Ausflüchtie Poincarés müde geworden und scheint geneigt, ohne ihn die Befreiung Europas vorzunehmen mit Hilfe einer Konferenz zur Absiedlung der Richtlinien für ihr Handeln. Will er es so weit kommen lassen, dann wird er Gewissheit darüber erhalten, ob die Zeit noch für ihn arbeitet.

Französische Antwort vor dem 3. August

Havas teilt mit, der Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Paris und Brüssel wegen der auf die englischen Dokumente zu erstellenen Antwort werde fortgesetzt. Man könne versichert sein, daß die englische Regierung vor dem 3. August, dem Tage der Beendigung der englischen Parlamentssitzungen, im Besitz der französischen Antwort sein werde, wie man es in amtlichen Kreisen Londons gewünscht habe.

Havas teilt mit, daß am Quai d'Orsay eine Konferenz zur Prüfung der englischen Dokumente stattgefunden hat. Außerdem dem Ministerpräsidenten haben ihr beigebracht der Direktor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der stellvertretende Direktor der Abteilung des Außenministeriums für Handelsbeziehungen. Havas fügt hinzu, es werde unbedingt ein Stillschweigen über den Verlauf der Konferenz bewahrt. Es liege aller Grund zur Annahme vor, daß Poincaré der Brüsseler Regierung auf dem gewöhnlichen Wege seine Ansichten mitteilen werde. Die beiden Regierungen würden sich dann über die zu erstellende Antwort einigen. Der ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Ministerrat werde bereits Mittwoch stattfinden, um Poincaré Gelegenheit zu geben, die Minister von den englischen Dokumenten und seinen Ansichten darüber in Kenntnis zu setzen.

New York Herald berichtet aus Washington, nach einer Information aus offiziellen Kreisen seien die Vereinten Staaten bereit, die Regelung der französischen Kriegsschulden auf 15 Jahre zu verschieben, falls es zu einer französisch-englischen Vereinbarung in der Reparationsfrage komme, die die Verschiebung der deutschen Zahlungen ebenfalls auf 15 Jahre zur Folge hätte.

Meinungsverschiedenheit im belgischen Kabinett?

Am Montag fand in Brüssel der erste Kabinettsrat über die britische Note statt. Es geht das Gerücht, daß große Meinungsverschiedenheiten im Kabinett bestehen über die Haltung, welche Belgien der Note gegenüber einnehmen solle. Verschiedene Minister sollen verlangt haben, daß vor weiteren Verhandlungen in London Einzelheiten über die beabsichtigte Kommission verlangt werden sollen. Nachmittags hatten Theunis und Jaspas lange Beratungen mit de la Croix, zu welchen die Vertreter der Schadensersatzkommission besonders von Paris herübergekommen waren.

Reichlich spät!

Ein spätes Eingeständnis bisheriger sechsmonatiger französischer Barbarei stellt eine neue Verordnung des Generals Degoutte dar, der versucht, daß in Zukunft Personen über 60 Jahre, Kranken und schwangeren Frauen vom siebenten Monat der Schwangerschaft an nicht mehr ausgewiesen werden dürfen.

Lloyd George gegen die Regierung Baldwin.

Lloyd George sagte auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifelhaft, ob ein unpatriotischer Beobachter später der Ansicht sein werde, daß der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertiggebracht, Poincaré neun Monate an der Besetzung des Ruhrgebietes zu hindern, eine Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente gleichzeitig worden. Mit der Türkei habe England einen Frieden abgeschlossen, wie er demütiger von England nie unterzeichnet worden sei. Was die Ruhrfrage betrifft, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt. Poincaré besuchte Theunis und Theunis Poincaré, aber Großbritanniens Ansicht würden nicht eingeholt.

Zusammenstoß an der Sperrgrenze.

Münster, 24. Juli. Am 21. Juli nachmittags versuchten etwa dreißig junge Leute aus Bochum, bei Aplerbeck ins unbesezte Gebiet zu gelangen. Bei dem Zusammenstoß mit den französischen Grenzpatrouillen wurden der 25jährige Bernhard und der 22jährige Caesar angeschossen und schwer verletzt, vier weitere werden vermisst, der Rest ist über die Grenze entkommen. — In Westhofen wurde der Belagerungszustand bis zum 29. Juli verlängert. — Der in Dortmund verhaftete stellvertretende Polizeipräsident wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Am 22. Juli wurde der Magistratsbeamte Dichoff in Dortmund von den Einbruchstruppen verhaftet.

Beraubung der Dortmunder Reichsbankstelle.

Dortmund, 24. Juli.

Gestern wurde die Reichsbank von den Franzosen besetzt, die 60 Milliarden „beschlagnahmen“ wollten. Es fand sich aber nur rund eine Milliarde in der Reichsbank vor. Der Betrieb ist gestoppt. Die Bank ist noch besetzt. Die Vorstandsbeamten wurden vorläufig zurückgehalten.

Kabinettssrat über die allgemeine Lebenshaltung.

Die Verschärfung der Wirtschaftslage und die Unruhen, die sich in den letzten Tagen in verschiedenen Orten bemerkbar machen, haben die Reichsregierung veranlaßt, mit den zuständigen Behörden in Beratungen darüber einzutreten. In welcher Weise eine Erleichterung der Lebenshaltung ermöglicht werden könnte. Voraussichtlich wird sich das Reichstabinett spätestens Donnerstag mit der Kabinettsarbeit beschäftigen.

Abbau der Devisenverordnung.

Endigung der Reichsbank-Taktik.

Wolfs Telegrafenbüro teilt mit: Von zuständiger Stelle erhalten wir die Mitteilung, daß der Reichswirtschaftsminister die Reichsbank ermächtigt hat, Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarobligationen ohne Einhaltung der Einheitskurse abzuschließen sowie Devisenbanken zu stellen, nach höherer Bestimmung der Reichsbank für deren Rechnung Terminkäufe zu tätigen. — Gleichzeitig verlautet aus anderer Quelle, daß die amtliche Kursonotation der Devisen nicht unter, sondern zum Weltmarktpreis erfolgen wird, eine Nachricht, die durch die Notiz vom Dienstag bereits bestätigt worden ist.

Heraufsetzung des steuerfreien Einkommenseinteils.

Der Steuerausschuß des Reichstags stimmte am Dienstag der vom Reichsrat beschlossenen Erhöhung der Biersteuer auf das Fünftausche zu. Weiterhin wurde der Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des § 46 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes beraten, der die Abgabe von den Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger regelt. Der Ausschuss ging über die Regierungsvorlage und die Beschlüsse des Reichsrats hinaus, indem er nicht das Biersache, sondern das Bierfache der bisherigen Abgabe festlegte. Man begründete diese neue Erhöhung damit, daß Zweieinhalfsche entspreche der augenblicklichen Geldentwertung, das Biersache werde aber leider wohl im August bereits erreicht sein. Zu seiner Gültigkeit bedarf dieser neue Beschluß des Ausschusses allerdings noch der Zustimmung des Reichsrats. Falls dieser die neue Änderung annimmt, würden die Abgaben für die Steuerpflichtigen und die zu seiner Haushaltung gehörige Chefarbeit je 24 000 für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind 160 000 und zur Abgeltung der Abgaben für Werbungskosten 200 000 im Monat.

700 Milliarden Aufwandschäden.

Den Breslauer Neuesten Nachrichten zufolge stellte ein Versicherungsbeamter in einer im Oberpräsidium abgehaltenen Versammlung von Arbeitgebern fest, daß die Geschäftsinhaber durch die Unruhe einen Schaden von 700 Milliarden erlitten hätten. Amtlich wird nunmehr festgestellt, daß am Freitag und in der Nacht zum Sonnabend 109 Geschäfte geplündert wurden. Verluste zu einer neuen Bewegung sind seither nicht unternommen worden. Die Zahl der Festgenommenen beträgt 250, die Zahl der Verletzten hat sich auf 43 erhöht, wovon 20 auf jugendliche Arbeiter der Linke-Hoffmann-Werke entfallen.

Der Lausanner Frieden unterzeichnet.

Der Friedensvertrag von Lausanne ist am Dienstag nachmittag von den Unterhändlern in feierlicher Sitzung unterzeichnet worden. Er enthält 145 Artikel und setzt sich aus fünf Abschnitten zusammen, und zwar 1. Persönliches, 2. Finanzen, 3. Wirtschaftsfragen, 4. Verkehrs- und Gesundheitsangelegenheiten, 5. allgemeine und besondere Bestimmungen. Im ganzen wurden am Dienstag achtzehn diplomatische Aktenstücke unterzeichnet.

Der Vertrag trägt die Unterschriften Englands, Frankreichs, Italiens, Rumäniens und der Türkei. Die Sonderabkommen sind wie folgt unterzeichnet: 1. das Meerengenabkommen, alle Signatarmäkte, Bulgarien und außerdem später in Konstantinopel Russland, 2. das Abkommen über die thrakische Grenze, Signatarmäkte, Italien und Bulgarien, 3. das Abkommen über das Niederlassungsrecht und die gerichtliche Zuständigkeit, Signatarmäkte, 4. das Handelsabkommen. Dazu kommen

12 Protokolle bzw. Erklärungen.

nämlich eine Erklärung oder Protokoll über die Amnestie, eine türkische Erklärung über die Gesundheitsfrage, eine türkische Erklärung über die Gerichtsverwaltung und ein Protokoll über die Konfessionen, ferner Erklärungen Belgien und Portugals über das von den drei aliierten Mächten zu unterzeichnende Protokoll betreffend Räumung Konstantinopels und der Dardanellen mit einer türkischen Erklärung über die Räumung der Inseln Imbros und Tenedos, ein Protokoll über Thraxien, ein Protokoll über die Beteiligung Belgiens und Portugals an gewissen Klauseln des Vertrages und der Schlusshilfe, die die Unterschriften aller beteiligten Staaten tragen.

Jugoslawien unterzeichnet nicht.

Die jugoslawische Delegation hat es abgelehnt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil die finanzielle Verpflichtung in der Klausel über die Verteilung der ottomanischen Schuld von ihr nicht anerkannt wird. Aus denselben Gründen hat Jugoslawien bereits die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Sèvres verzögert.

Inland und Ausland.

Verbot des Antifaschistentages. Nachdem der für den kommenden Sonntag geplante kommunistische Antifaschistentag in Braunschweig und Hannover verboten worden ist, wird auch der preußische Minister des Innern eine ähnliche Entscheidung für den geplanten Potsdamer Kommunistenaufmarsch treffen. Wie die Entscheidung aussfallen wird, steht zwar noch nicht endgültig fest, doch ist wohl kaum anzunehmen, daß der Aufmarsch etwa stillschweigend gebüsst werden könnte.

Wahlserfolge der Kommunisten. Nach dem Resultat der Berliner Wahlen zum Metallarbeiter-Vorstandswahltag sind für die Liste Moskau 54 705 und für die Liste Amsterdam 22 250 Stimmen abgegeben worden. Allerdings hat sich noch nicht die Hälfte der im D. M. A. organisierten Berliner Metallarbeiter an der Wahl beteiligt. Auch in Hessen-Nassau siegte zum ersten Male die Liste der K. P. D. mit 1527 in Essen, wo schon eine Mehrheit bestand, brachte sie es auf 4983 gegen 2590.

Der städtische Wirtschaftsminister Hellisch ist nach Berlin gereist, um mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Beder und dem Präsidenten der Reichsbank Handel und Industrie zu verhandeln.

Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags beriet am Dienstag die Abänderung der Verfassungsbefürmungen über Volksbegehren und Volksentscheid. Nach langer Ausprache wurden die beiden ersten wichtigsten Artikel der Vorlage, die Herausgebung der notwendigen Stimmenzahl für das Volksbegehr, mit fünfzehn Stimmen der Bayerischen Volkspartei gegen 13 Stimmen angenommen.

Deutscher Flottenbesuch in Finnland. Wie die Rigosche Rundschau berichtet, ist am 16. Juli das deutsche U-Boot "Braunschweig" in Helsingfors eingetroffen. Der Besuch soll eine Woche dauern. Der finnländische Presse zufolge sind gleichzeitig die deutschen leichten Kreuzer "Aconia" in Åbo und "Hamburg" in Hangö eingetroffen.

Siebzehn Monate Gefängnis für die Prinzessin Hohenlohe.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat die Prinzessin Hohenlohe wegen Begünstigung in Verbindung mit Meinel zu siebzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung wurde abgelehnt, da nach Lage der Verhältnisse die Fortdauer der Haft zum Zwecke der Ermöglichung des Strafvollzuges notwendig erscheint.

Oberrechtsanwalt Ebermayer hatte gegen die Angeklagte acht Monate Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre umzuwandeln wären, beantragt. In seinem Plädoyer führte er u. a. aus: Die Aussage der Prinzessin vor dem Untersuchungsrichter sei ohne Zweifel falsch gewesen, daher habe sie auch rechtfertigende Befreiung, als sie sie beschworen sollte. Die Verteidigung geht nun dahin, daß Ehrhardt mit Annahme eines fremden Namens aus der Reihe der Lebenden verschwunden sei. Diese Dinge seien sehr dümm, denn weder Ehrhardt noch die Prinzessin seien so Weltfremd, daß sie an solchen Unsinne geglaubt hätten. Außerdem hätte leichtere, wenn sie daran geglaubt hätte, sofort schwören können. Der Einwand der Prinzessin, sie habe von der Unwahrheit ihrer Aussage keine Kenntnis gehabt, sei nicht stichhaltig. Wildernd läuft sie in Frage, daß sie die Aussage zu tun genommen habe.

Über Ehrhardts Verhalten sagte der Oberrechtsanwalt noch: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß politische Verbrechen keinen Einfluß auf die persönliche Ehre des Täters haben und auf diese keinen Mafel werfen können. Aber Ehrhardt hat ein gemeinsches Verbrechen begangen. Er hat einen Meineid geleistet. Dabei hat er es nicht beweisen lassen. Woraus ihm der schwerste Vorwurf gemacht werden muß, das ist sein Verhalten der Prinzessin Hohenlohe gegenüber. Er hat ihr einen unverantwortlichen Schwund vorgenommen, indem er sagte, Ehrhardt sei tot, es gäbe nur noch einen Herrn von Schwedt. Die Komödie, daß Ehrhardt den Kredit zu Rechtsanwalt Schneiders schickte und eine Rechtsauskunft befragte, welche der Prinzessin den Meineid erleichterte, war eine Frivolität und Gemeinheit.“

Auffälligerweise Ehrhardts Verhaftung in Gernrode.

Freiheit von dem Busche-Lobe festgenommen. — Ehrhardts Fluchtplan entdeckt? — TU, Dessau, 24. Juli. Die Dessauer Zeitung teilt mit: In Gernrode wohnt seit Jahresfrist ein Feuerherr von dem Busche-Lobe, welcher mit einer Engländerin verheiratet ist. Der Mann ist als Pflanzer aus Südafrika ausgewiesen worden und ist an seinem bisherigen Wohnort nicht weiter aufzutreffen.

Unter fremdem Willen.

(30. Fortsetzung.)

Zusammengekommen war vorerst nichts. Erst brachte Ehren den Spiegel an jene Stelle der Männer, wo er gerade die Stelle der Tat widerrief. Dann fuhr er zu seiner Frau hinaus, jedermann, um Gelegenheit zu finden, sie zu hypnotisieren. Trotzdem niemand die Wahrheit ahnen konnte, wor er doch vorsichtig genug zwischen diesem Beinhe und dem Heute, an welchem der Plan vollendet werden sollte, einige Tage verstreichen zu lassen.

Ehm lag daran, daß ein einwandfreier Augenzeuge der Erinnerungszeuge beiwohne, und seine Wahl fiel auf den Herrn Justizrat, wohl deshalb, weil er mit Recht annahm, daß die Aussage eines so bekannten und geachteten Fachmannes vor Gericht besonderen Wert habe. Die Einladung des Herrn Justizraths in der Kanzlei war nur ein Vorwand, um ihn unaufällig zum Zeugen zu gewinnen. Daß die Einladung zum Mitgehen nicht aus dem Munde Ehrens, sondern aus dem seiner Frau kam, ist in diesem Falle ganz gleichbedeutend, denn aus ihr sprach nur sein Wille. Für ihre Handlungen ist nur er verantwortlich. Sie war ein Werkzeug, nicht mehr als ein Revolver, der Dolch, das Gift, dessen sich ein Mörder bedient. Auch sie war ein willensloser, fast möchte ich sagen, toter Körper, der ebenso automatisch handelte wie das Gewehr, welches losgeht, wenn man auf den Abzug drückt. Herr von Ehren ist vor Gott und den Menschen der Mörder Hartungs!“

Biller zog seine Uhr zu Rate. „Wir heute ist es zu spät, der letzte Zug ist bereits abgegangen. Auch eilt es nicht. Ehren ahnt nicht, daß man ihm auf den Ferien ist und Frau von Hartung, die heute wieder nach der Strandvilla abgereist ist, hält ihn dort fest. Der Mann denkt an alles und hat selbst das Kleinstfeind vorbereitet. Die Krankheit seiner Frau, welche er von dem für morgen berufenen Sanitätsrat feststellen lassen will, muß die Erklärung und die Entschuldigung dafür geben, daß er wahrscheinlich durch langen Zeit in der Villa, das heißt unter einem Dach mit Magda, zu weilen gedacht. Also, morgen mit dem ersten Zug kommen wir auch noch zeitig genau!“

Beide Cheleute sind gestern nachmittag auf Voranlassung des Oberrechtsanwalts durch Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Es wurde bei ihnen ein vollständig ausgearbeiteter Plan über Ehrhardts Flucht gefunden. Auch hat der Mann ein Tagebuch geführt mit den Namen aller Beteiligten. Dieses Schriftstück konnte beschlagnahmt werden, das andere Schriftstück entzog die Frau dem Zugriff der Polizei dadurch, daß sie es verschliss. Die Cheleute sind im Auto nach Leipzig gebracht worden. Der Mann setzte sich bei seiner Verhaftung zur Wehr. Der Plan wird voraussichtlich die Fluchtumstände Ehrhardts in allen Einzelheiten aufklären.

Ein Staatsanwalt vom Pöbel erschlagen.

In Frankfurt ist es am Montag im Anschluß an eine kommunistische Demonstration zu unerhörten Ruhetherrn gesessen gekommen. In der Schwedterstraße kam es zu Auseinandersetzungen zwischen einer Rotte von jungen Burschen und dem dort wohnhaften Staatsanwalt Dr. Haas, in deren Verlauf Dr. Haas tödlich verletzt wurde. Der Pöbel drang dann in seine Wohnung und schlug alles kurz und klein. Dr. Haas wurde in seinem Vorhof von der Menge ergripen, auf die Straße geschleppt und in bestialischer Weise

mit dem Kopf auf das Pflaster geschlagen.

Als er sich wieder aufrichtete, schlug die Menge mit Knüppeln auf ihn ein und stellte ihn schließlich an einen Laternenpfahl. Er wurde dann vollends niedergeschlagen und am Boden liegend mit Steinen und Messern bearbeitet. Dr. Haas gab noch Lebenszeichen von sich, als er in eine benachbarte Apotheke gebracht wurde. Hier starb er nach etwa 20 Minuten. Ebenso bestialisch wie bei der Ermordung hat sich auch der Pöbel bei der

Ausraubung der Wohnung

des Dr. Haas benommen. Nicht ein einziges Stück in der Wohnung ist hell geblieben, nicht ein Behälter wurde verschont. Alles wurde im wütenden Durcheinander zusammen geworfen. Bilder wurden von den Wänden gerissen und zerstört, die Schränke umgeworfen und zertrümmt und ihres Inhalts beraubt. Der Mob hat nicht ein einziges Stück Silber liegen lassen. Sogar an dem 74-jährigen Vater des Ermordeten, dem Hofzahnarzt Dr. Haas, der im ersten Stockwerk des Hauses wohnte, hat sich der Pöbel vergreissen. Auch er wurde so schwer misshandelt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es wurde eine große Anzahl von Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, sich an der Ermordung von Dr. Haas beteiligt zu haben. Dr. Haas begab sich nach dem Vorhof auf die Aufforderung seines Vaters, er möge doch nachsehen, ob alles verschlossen sei. In diesem Augenblick kam der Zug an, an dessen Spitze eine rote Fahne getragen wurde. Es wird nun angenommen, daß an Dr. Haas das Ansinnen gestellt wurde, in dem Zuge mitzumarschieren.

Aus aller Welt.

Mehr Verkehr als in normalen Zeiten. Die Fahrkarten-Schalter der Fernbahnhöfe und die Reisebüros haben wieder einen gewaltigen Ansturm von Reisenden auszuhalten, der ebenso groß werden wird, wie in den Tagen gegen Ende Juni, an die das Personal der Fahrkarten-Schalter noch mit einem Schrecken zurückdenkt. Das Reiseleben ist von neuem erwacht und die Ankündigung der freilich katastrophalen Erhöhung der Fahrpreise zum August hat eine riesige Steigerung des Eisenbahnverkehrs zur Folge. Uebrigens wirken solche Melbungen wie eine geschilderte Reklame. Denn

Biller zog seine Uhr zu Rate. „Wir heute ist es zu spät, der letzte Zug ist bereits abgegangen. Auch eilt es nicht. Ehren ahnt nicht, daß man ihm auf den Ferien ist und Frau von Hartung, die heute wieder nach der Strandvilla abgereist ist, hält ihn dort fest. Der Mann denkt an alles und hat selbst das Kleinstfeind vorbereitet. Die Krankheit seiner Frau, welche er von dem für morgen berufenen Sanitätsrat feststellen lassen will, muß die Erklärung und die Entschuldigung dafür geben, daß er wahrscheinlich durch lange Zeit in der Villa, das heißt unter einem Dach mit Magda, zu weilen gedacht. Also, morgen mit dem ersten Zug kommen wir auch noch zeitig genau!“

Fröhlich und stürmisch begann der nächste Tag. Von Norden her kam der Sturm geslogen, wühlte die Wellen auf und peitschte sie empor, daß sie brüllend vor dem Strand hinausraschten, mit ihren Armen weit über und Männern in den Sand gruben, als wollten sie sich am Strand festklammern, und ihn stückweise mit sich reißen, weil dies nicht gelang.

Am tolpasten aber trieben sie es drüben an der kleinen Steinlippe beim Leuchtturm. Wie Soldaten gegen die Mauern einer kleinen Stadt, so stürmten auch sie immer und immer wieder gegen das Hindernis los, heulend und murrend, streckten ihre weißen Arme hoch empor an Gestein und Mauerwerk, ohne aber einen Ort zu finden, wo sie hasten konnten. Und der Sturmwind, der wilde Geselle, kam ihnen zu Hilfe, hob sie empor, indem er ihnen seine Kraft einblies, und griff sogar selbst in den Kampf ein, indem er von oben her das alte Bauwerk zu erschüttern suchte. Aber das Menschenwerk trostete dem Horn der Naturgewalten. Nur die Fenster klirrten und die Flammen der Lampen zuckten manchmal empor, wenn der Wind jäh in sie hineinblies.

Am Strand, allerdings so weit landeinwärts, daß sie vor den vordringenden Wellen gesichert waren, schritten drei in weiße Wintermantel gekleidete Gestalten. Es waren Ehren, seine Frau, die sich vollkommen wieder erholt hatte, und ihre Geschwister.

Frau von Ehren hatte den Wunsch ausgesprochen, trotz des Sturmes oder vielmehr gerade wegen des

des Bahnsfahrens zu den bestehenden Tarifen erscheint auf einmal „billig“, weil die drohende Tarifsteigerung eine fiktive Erhöhung bringt. Zahlreiche Leute, die sonst gar nicht an Reisen dachten würden, werden durch die vermehrte billige Fahrt-Gelegenheit bewogen, noch allerlei Vergnügungs- und Besuchsreisen zu unternehmen. Daher reisen noch den Beobachtungen der Verkehrsbehörden jetzt mehr Menschen auf der Bahn als in normalen Zeiten.

Reisedienstleistungen der Münchener Eisenbahn während der Turnerwoche. Im Hauptbahnhof München sind während sechs Tagen des Turnfestes 6½ Milliarden Einheiten erzielt worden. In den drei Haupttagen ist durchschnittlich alle 2½ Minuten ein Zug ein- oder ausgefahren. In den fünf Tagen Donnerstag bis Montag sind 834 700 Personen angelommen und 953 200 abgefertigt. Der Verkehr widmete sich ohne den kleinsten Unfall ab, eine Musterleistung des gesamten Personals.

Das Spielerglück des Postschaffners. Auf einem Berliner Briefpostamt wurden längere Zeit hindurch zahlreiche Einschreibebriefe aus dem Ausland vermisst, ohne daß es den Ermittlungen der Kriminalpolizei gelang, den Täter zu ermitteln. Im Januar war das Abschlußstück des Aborts verstopft, und bei der Reparatur wurden in größeren Mengen die abhandengekommenen Einschreibebriefe aus Tageslicht befördert. Die Briefe waren jedoch geschlossen und teilweise ihres Inhalts entleert. Der Verdacht lenkte sich auf den Posthilfschaffner Richard Kröbe, der bei der Entfernung beschäftigt war, und durch dessen Hände sämtliche vermissten Briefe gegangen waren. Bei einer Haussuchung und einer körperlichen Durchsuchung des Verdächtigen fand man ein reiches Devisenlager, darunter Dollar- und Pfundnoten und schwedische Kronennoten. Es wurde auch festgestellt, daß der Angestellte auf grohem Fuße gelebt hatte und daß er sich u. a. fünf neue Anzüge angeschafft hatte. Der Angestellte bestreit die Tat und behauptete, daß er die Summe in Spielclubs gewonnen habe. Er will dabei auch die Auslandsnoten von Ausländern in Zahlung genommen haben. Die Folge dieser Angaben war, daß Kröbe neben der Amtsunterschlagung auch wegen gewerbsmäßigem Glücksspiels angeklagt wurde. Der Verdächtige wies darauf hin, daß sich in keinem der vermissten Briefe schwedische Kronennoten befanden, während im Verlust des Angeklagten eine Menge dieser Scheine gefunden worden seien. Das Gericht war auch der Meinung, daß dem Angeklagten die Amtsunterschlagung nicht einwandfrei nachgewiesen werden könnte, und kam in diesem Punkte zu einer Freisprechung, verurteilte Kröbe aber wegen gewerbsmäßigem Glücksspiels zu zwei Monaten Gefängnis, die aber durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Vom flüssigen Eisen verbannt. In der Eisengießerei Nähe in Torgelow, Werk II, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Das flüssige Eisen durchbrannte einen Schmelzofen und wälzte sich in den Arbeitsraum. Sechs beim Hochofen stehende Arbeiter wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Sie wurden in das Greifswalder Krankenhaus gebracht.

Wenn man seine Braut steuern läßt. In Halberstadt fuhr ein Auto der Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt, von der Braut des Führers gesteuert, mit voller Wucht in eine Gruppe von Frauen und Kindern, die vor einem Milchgeschäft zum Abholen der Milch standen. Eine Frau wurde sofort getötet, mehrere Frauen und Kinder wurden verletzt. Der Führer und seine Braut wurden verhaftet.

Für 30 Milliarden Mark Juwelien gestohlen.

Berlin, 24. Juli.

Ein Rieseneinbruch, wie er in den Annalen der Berliner Kriminalpolizei bisher noch nicht verzeichnet worden ist, wurde nachts in den Geschäftsräumen der früheren Hofjuweliere Rosenthal und Sohn, Friedrichstraße 69, ausgeführt. Den Einbrechern, die die Tat schon von langer Hand vorbereitet haben müssen, sind Schmuckstücke im Wert von etwa 30 Milliarden Mark in die Hände gefallen. Auf die Ergreifung der Täter hat der Geschäftsinhaber 100 Millionen Mark, und auf die Wiederherstellung der gestohlenen kostbarkeiten 10 Prozent ihres Wertes ausgeschaut.

selben eine Strandpromenade zu machen, und ihren Willen durchgesetzt trotz des Widerstrebens ihrer Mutter und ihres Gatten, der freilich ratsch einleitete, als er merkte, daß auch Magda ins Freie wollte. Freilich ahnte er nicht den Grund. Die junge Witwe wollte einem Zusammensein mit Ehren womöglich ausweichen, zum mindesten einer Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch. Dies erreichte sie allerdings am besten im Freien, wo das Heulen des Sturmes höchstens ein Schreien, aber kein Sprechen gestattete. Freilich konnte sie nicht vermeiden, daß die Blicke Ehrens durch den dichten Schleier hindurch sich mit wilder Begehrlichkeit auf ihr Gesicht festsetzen. Um wenigstens für einige Augenblicke seiner Nähe zu entgehen, begann sie plötzlich, wie in tolem Übermut, davonzulaufen, dem Leuchtturm zu.

Anna nahm den vermeintlichen Scherz sofort auf und stieg hinter ihr her, während Ehren langsam folgte. Die Frauen waren bereits beim Leuchtturm angelangt und bargen sich nun hinter dessen Mauern vor dem Sturmwind, um nach dem raschen Bause ein wenig zu verschaffen.

Da durchzuckte eine übermütige Idee das Köpfchen Annas. „Komm, Magda, las und Mantel, Bluse und Schleier tauschen. Ich weiß, Max verwechselt uns, hält mich für dich und umgekehrt. Das gibt einen sausen Scherz und für lange Stoff zum Lachen.“

Noch ehe Magda widersprechen konnte, batte ihre Schwester bereits begonnen, Hut und Mantel abzulegen, und wohl oder übel mußte ihre Begleiterin folgen, so wenig ihr auch scherhaft zumute war.

Männerstimmen, vom Winde herbeigetragen, schlugen an ihr Ohr. Die beiden eilten ratsch nach der Vorderseite des Leuchtturms.

(Schluß folgt.)

Polizeiwissensverhaftungen in Belgrad. Wie die „Morningpost“ aus Belgrad mitteilt, sind in der Nacht von Freitag auf Sonnabend ungefähr 400 polizeiwisselige Agenten in den verschiedenen Stadtvierteln verhaftet worden.

Eine Tochter beim Varieté. Das Pariser "Journal" verbreitet die Nachricht, daß in diesen Tagen die Prinzessin Katharina Jurjewskaja im Londoner Kolosseum zum ersten Male als Volksliedersängerin auftreten wird. Die Prinzessin ist das jüngste Kind Alleganets II., des russischen Zaren, der im Jahre 1881, kurz nach der Geburt dieser Tochter, ermordet wurde. Nach der russischen Revolution begann für die Prinzessin ein äußerst zweigeschlechtliches Leben. Als Tochter eines Romanoff gefangengenommen und zum Tode verurteilt, gelang es ihr, verkleidet zu entkommen und eine Anstellung als Lehrerin in der Schweiz und dann eine solche als Schwestern des internationalen Roten Kreuzes in England zu finden.

Das Fahrrad-Flugzeug. Aehnlich den Versuchen des Franzosen Poulin, im Jahre 1921, gelang es kürzlich dem Flugingenieur Mr. W. F. Gerhardt in Dayton (Ohio) mittels eines Flugzeuges, dessen Propeller nur durch Fußdruck angetrieben wird, eine Strecke von 20 englischen Fuß zurückzulegen. Der Erfinder bezeichnet sein Werk selbst als wissenschaftliches Wunder. Er ist der Überzeugung, daß das Prinzip auch auf weittragende Flugmaschinen anwendbar ist.

Berliner Freizeit vom Dienstag.

Vorjahrshettag.

Die ganze Marktstüngsaktion scheint nach dem letzten schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbank und Devisenbanken in der Tat in einem ganz neuen Stadium gerückt zu sein. Das Angleichungsbestreben der hiesigen amtlichen Notierungen an die Weltmarktpreise legt sich in einem Maß fort, welches alle Erwartungen weit übertrifft. Waren die Marktmeldungen aus dem Ausland auch weiterhin als erheblich schwach gemeldet worden und im Zusammenhang damit mit einer neuzeitlichen Aufwärtsbewegung der Auslandsdevisen zu rechnen, so war man doch allzeit übereinstimmt, daß die Reichsbank auch heute wieder bei der ersten Feststellung der amtlichen Kurse das englische Pfund mit 1 900 000 Mark festgelegt und somit für ein englisches Pfund 200 000 Mark mehr zahle, als die letzte Parität der Auslandsbörsen erfordert. Es scheint somit die Taktik der Reichsbank in einem ganz neuen Licht zu rücken, indem sie anscheinend bemüht ist, ihre Kurse über den Weltmarkt, parität festzulegen, um dadurch einstens den Anteil der Devisenbeschaffung für speculative Geschäfte zu nehmen, andererseits dadurch Gelegenheit zu haben, endlich wieder einmal neue Mittel in die Hand zu bekommen. Dass diese neue Richtung der Reichsbank zuerst von einem, wenn auch nur geringen Erfolg gekrönt gewesen war, ergab sich bei der Feststellung des englischen Pfunds, wo zum erstenmal wieder seit längeren Zeit Material herauskam. Wenn es auch nur 400 englische Pfunde kosteten, so ist es doch verhüllend, daß diese Summe am hiesigen Platz ihre Einwechselung fand. Es bleibt nun allerdings abzuwarten, wie die ausländischen Börseplätze auf diese neue Maßnahme der Reichsbank mit Stellung unserer Währung reagieren werden. Bei den übrigen amtlichen Kursfeststellungen blieb die Reichsbank wiederum allein als Abberater am Platze. Die Auszählung New York wurde mit 4 14 000 erheblich höher als in New-Yorker Parität, welche nachbarschlich mit 363 000 für einen Dollar gemeldet wurde, festgestellt.

Die Tendenzen am Effektenmarkt steht weiterhin im Einklang mit der Bewegung am Devisenmarkt. Starke Kauforder des Publikums und aus den Kreisen der Provinz waren bereits noch am gestrigen Tage eingelaufen und haben sich im Laufe des heutigen Vormittags verstärkt, so daß für die morgige Woche mit einer weiteren Aufwärtsbewegung auf fast sämtlichen Gebieten zu rechnen sein dürfte.

Städtische Devisen-Rettung.

Daten	Vorjahr-Basis	24. Juli Geld	24. Juli Brief	25. Juli Geld	25. Juli Brief
Debit	2.	10	10	10	10
Englische Pfund	4,50	412965,00	412965,00	849125,00	849125,00
Deutsche Goldmünzen	20,00	1595260,00	1595260,00	1595260,00	1595260,00
Deutsche Rente	1,57	151944,00	151944,00	151944,00	151944,00
Deutsche Krone	1,12	72219,00	72219,00	61047,00	61047,00
Deutsche Mark	1,12	109735,00	109735,00	109735,00	109735,00
Deutsche Birne	0,90	18004,50	18004,50	16162,00	16162,00
Deutsche Kronen	0,80	23715,00	23715,00	20485,00	20485,00
Deutsche Rappen	0,80	24738,00	24738,00	20658,00	20658,00
Deutsche Pfennig	0,80	20448,00	20448,00	17057,00	17143,00
Deutsche Rose	-	12469,00	12469,00	1048,00	1050,00
Spanische Reale	0,80	68852,50	68852,50	60147,50	60147,50

Sächsisches

Rentbüro. In einem hiesigen Hausgrundstück, vor Zeiten ein Bäuerengebäude, wurde vor einigen Tagen bei Erdarbeiten für eine Stromleitung eine Holzkiste, angefüllt mit größeren und kleineren Silbermünzen aus den Jahren vor dem Dreißigjährigen Kriege, gefunden. Diese bestehen einen Silber- und Sammlerwert von vielen Millionen Mark. Wahrscheinlich ist der Schatz während des geschilderten Krieges vor der Raubtier der Kriegerhorde verborgen und später nicht mehr aufgefunden worden. Der jetzige Besitzer des Hauses, ein Weißwarenfabrikant, hat das Grundstück erst vor einigen Monaten gekauft.

Zwickau. Trotz wiederholter Mahnung, sich rechts zu halten, lief am Sonntag abend auf der Landstraße von Zwickau nach Oberrothenbach eine junge Frau, die sich mit einem Verein auf einem Ausflug befand, in ein von der entgegengesetzten Seite kommendes Personenauto. Beide Räder gingen der Unglückslicht über Kopf und Hals. Der Besitzer des Autos ließ die Verletzte, die kaum mit dem Leben davongekommen wird, mit seinem Wagen nach dem Krankenhaus fahren. Wie Zeugen berichten, trifft den Fahrer keine Schuld.

Niederplanitz. Ein Prachtstück von einer Kuh besitzt ein hier wohnhaftes Ehepaar. Die Kuh, die zurzeit Junge hat, brachte diesem erst einen ausgewachsenen weiblichen Hamster, dann zwei Stücke Junge Hamster und schließlich auch noch den Vater der Hamsterfamilie, einen stattlichen Kerl. Für die Felle der beiden ausgewachsenen Hamster erhielten die Leute vom Fälscher etwa 40 000 Mark.

Itzau. Ein großzügiges und weiß ausgreifendes Projekt wird beschlossen in Angriff genommen werden. Unter Führung der Stadt ist eine Aktiengesellschaft mit dem Zwecke gegründet worden, auf dem Grundstück des Kaufhauses ein modernes Verwaltungsgebäude zu errichten. Die Finanzierung des Unternehmens geschieht durch die Stadt und die heimische Industrie. Es ist beabsichtigt, in dem Neubau die Städtische Sparkasse und die Oirokasse unterzubringen und dem Südböhmischen Arbeitgeberverband geeignete Geschäftsräume zu verschaffen.

Mittweida. Das sächsische Ministerium hat beschlossen, seinesfalls von einer Festsetzung der Polizeistunde Abstand zu nehmen, und es den Gemeinden anheimgestellt, das Gleiche zu tun. Der Rat hat von dieser Erhöhung Gebrauch gemacht und beschlossen, die seitherige Polizeistunde in Mittweida aufzuhören. Auch in Dippoldiswalde hat der Rat von Festsetzung einer Polizeistunde abgesagt. D. Schriftl.)

Rochlitz. Nunmehr soll auch ein Ehrenmal für die im Weltkrieg gefallenen Rochitzer errichtet werden und zwar in Gestalt eines Brunnens auf dem Marktplatz. Ein hiesiger Bürger hat die hohe Garantiezusage zur Verfügung gestellt. Die nötigen Mittel sollen durch eine Lotterie aufgebracht werden. Die Vorarbeiten sollen demnächst beginnen.

Leipzig. Der Landarbeiterkreis hat ein rasches Ende gefunden. Die Landarbeiter beschlossen in einer Versammlung, täglich nicht über neun Stunden hinaus zu arbeiten, und nahmen dann sofort

die Arbeit wieder auf. Am Dienstag begannen dann vor dem Schlußungsausschuß die Verhandlungen über den gesamten Rahmenvertrag und man erwartet eine Einigung.

■ Trauen. Am Sonntag vormittag ist auf dem hiesigen Friedhofseck ein Kriegerdenkmal feierlich enthüllt worden.

Letzte Nachrichten.

Vorwürfe des "Vorwärts" gegen den Reichsjustizminister.

Im Anschluß an die Flucht Chrhardts hat der "Vorwärts" gegen den Reichsjustizminister Dr. Heinze in Form einer Reihe von Fragen Vorwürfe erhoben, die, wie verlautet, den Reichsjustizminister alsbald zu einer amtlichen Stellungnahme veranlassen werden. In den Fragen wurde dem Reichsjustizminister unterstellt, daß dieser sich persönlich oder durch Beauftragte gegen Chrhardt bei dem Untersuchungsrichter Dr. Meiss verdeckt habe und zwar auf Anregung von Persönlichkeiten, die bei Dr. Heinze und beim Reichskanzler Fürsprache für Chrhardt eingelegt hätten. Ferner deutet der "Vorwärts" an, daß auch bei dem Vorstehenden des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. Schmidt, unter Mitwissen des Reichsjustizministers Befreiungen ähnlicher Art stattgefunden hätten.

Großjünger englischer Luftdienst.

Berlin. Nach einer Meldung aus London hat das englische Kabinett dieser Tage den Vorschlag angenommen, Verkehrslinien für die Luftschiffahrt auszustalten, die von London bis Australien durchgeführt werden sollen. Die Luftfahrt von London bis Ägypten soll 2 Tage, bis Indien 5 Tage und bis Australien 10 Tage in Anspruch nehmen. Jedes Luftschiff soll ungefähr 150 Personen fassen und im Stile eines Luxuszuges mit Restaurant, Wohn- und Schlafräumen ausgestattet sein.

Die Erleichterung der Lebenshaltung.

Berlin, 24. Juli. Die Verschärfung der Wirtschaftslage und die Unruhen, die sich in den letzten Tagen in verschiedenen Orten bemerkbar gemacht haben, haben die Reichsregierung veranlaßt, mit den zuständigen Behörden Beratungen darüber zu führen, in welcher Weise eine Erleichterung der Lebenshaltung ermöglicht werden könnte. Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich morgen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Sozialdemokratische Vorstandssitzung.

Berlin, 24. Juli. Wie der "Vorwärts" mitteilt, ist der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Montag zu einer Sitzung einzuberufen worden, um mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und innerpolitische Lage weitere Schritte zu beraten, die bei der Regierung eingeleitet werden sollen.

Keine Anerkennung Sowjet-Rußlands

durch die Vereinigten Staaten.

Washington, 25. Juli. Staatssekretär Hughes teilte in einem Schreiben an den Präsidenten des amerikanischen Arbeiterbundes, Samuel Gompers, mit, daß die Vereinigten Staaten die russische Sowjetregierung solange nicht anerkennen könnten, als deren Leiter nach innen und außen den gegenwärtigen Geist der Zerstörung an den Tag legen. Allein die Tatsache, daß Sowjetrußland sich ihren internationalen Verpflichtungen entzogen habe, sei ein Grund für die Nichtanerkennung.

Ein Erfolg der Reichsregierung.

Berlin. Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat unter dem 19. Juli ein Rundschreiben an die Landesregierungen ergeben lassen, in dem auf die Möglichkeit von Zusammensetzen, insbesondere am 20. Juli, hingewiesen und

Ferkel hat Vorwerk Oberhälslich.

Suche für 1. oder 15 August eine Stütze nicht unter 18 3. Dow. T besor., m. Fam. Anf. b. g. Wohn. Frau Insp. Wöhrl, Rittergut Juschendorf bei Pirna.

Sauberes

Hausmädchen

für sofort gehucht. Angebote unter "W. 90" an die Sechststelle.

Jüngeres

Hausmädchen

bei hohem Lohn, guter Röst sowie Infrastruktur des Schuhwerks wird für 15. Aug. in ein Geschäft in Dippoldiswalde Gegend gesucht. Offeren unter "Nr. 206" a. d. Geschäft.

Landhaus mit Garten

oder kleine Wirtschaft mit Gelände zu kaufen gesucht. Besitzer kann vorläufig wohnen bleiben, wenn zwei bis 3 Zimmer frei gemacht werden. Offeren mit Preisangabe an die Geschäftsstelle erbeten.

Schafwolle

kauf von Landw. und Händlern auf Wunsch auch gegen Stückwolle und Stoffe.

Wollzentrale Dresden,

Gruner Straße 21.

Neue Kartoffeln,

Schälgurken, Senfgurken,

Zwiebeln am billigsten

bei Max Wolf

Erstklassige Likörfabrik (Edelliköre)

kauf für Platz und Brücke

Heißigen Vertreter.

Gute Verdienstmöglichkeit. Off. u. "D. 485" an Wia, Hasen-

stein & Bogler, Dresden.

für Abholer halten wir!

Wochenkarten

für 6 Nummern der "Weißeritz-Zeitung" zum Preise von 5000 M. aus, die an jedem Tage entnommen werden können. Eingeschr. Nr. 600, Sonntag Nr. 700 M.

Berlag der "Weißeritz-Zeitung"

ersucht wird, alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgefehlten Bestimmungen über das Waffenträger und das Waffenträger von Waffen in Versammlungen und Umzügen hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Ruhe und Geschlossenheit im Innern gerade im gegenwärtigen Augenblick ersucht der Reichsminister des Innern in dem Rundschreiben von vornherein mit außerordentlichen Mitteln einzutreten und überhaupt zu verbieten.

Streik der Druckpapiersfabriken?

Die Preispolitik der Papierfabrikanten hat dazu geführt, daß das Reichswirtschaftsministerium endlich erkannt hat, daß, wenn die deutsche Presse nicht ganz zum Erliegen kommen soll, besondere Maßnahmen zum Schutz der Zeitungen erforderlich sind. Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb mit Gültigkeit vom 10. Juli einen Höchstpreis von 7000 Mark für ein Kilogramm Zeitungspapier bekannt gegeben. Dieser Höchstpreis bedeutet das 38 000 fache des Vorkriegspreises für Druckpapier, also eine ganz enorme Erhöhung. Die Tageszeitungen haben noch kein Mittel gefunden, diese Mehrlasten ohne schwere Einbußen aufzubringen. Da trifft die Meldung ein, daß die Papierfabrikanten neue außerordentliche Erhöhungen geordnet haben und zum Protest gegen die Maßnahme des Reichswirtschaftsministeriums in den Lieferstreik eingetreten sind. Es ist nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen außerordentlich beklagenswert, daß die Papierfabrikanten bei ihrer Preispolitik so wenig Rücksicht auf die Interessen ihrer Hauptabnehmer, der Tageszeitungen, nehmen. Die Zeitungsverleger sind nicht in der Lage des Kaufmanns, der seine Ware genau nach den Gestaltungskosten kalkuliert und entsprechend verkauft kann, im Gegenteil: die Zeitungsverleger sind seit Monaten gewünscht, ihre Ware zu verkaufen, bevor sie wünschen, welche Herstellungskosten sie erfordert hat. Der Zeitungsverleger ist verpflichtet, seinen Bezugspreis vor Beginn des neuen Monats mitzuteilen, und der Leser erwartet, daß dieser Preis bei der Lieferung eingehalten wird. Der allgemeine Übergang der Tageszeitungen zum Halbjahrsabonnement, der gleichzeitig bei weiterer Erhöhung der Bezugspreise eine Erleichterung des Zeitungsbearbeitung für den Leser darstellt, wird die Belastungen der Verlegerchaft durch die Sprungfaisten, wiederholten Verleutungen des Druckpapiers nur wenig mildern. Es geht nicht an, daß die Zeitungen auf dem Gebiete der Papierpreisgestaltung den rücksichtslosen Willkür eines Produzentenverbands ausgeliefert sind, und es muß zum mindesten erwartet werden, daß die Papierfabrikanten bei ihrer Preispolitik auf die besonderen Verhältnisse des Zeitungsgewerbes Rücksicht nehmen, die dem Zeitungsverleger nicht gestatten, die Preise von heute auf morgen zu ändern.

Ein Lieferstreik der Papierfabriken würde der unmittelbare Ausfall vieler Tageszeitungen sein, denn die meisten Zeitungen wären bei der mäßlichen Lage des Gewerbes nicht imstande, sich einen nennenswerten Papiervorrat zu sichern, der ihnen die Fortführung des Betriebes auch bei einem Lieferstreik der Fabrikanten noch einige Zeit ermöglichen könnte. Hoffentlich bestimmt sich die Papierindustrie darauf, daß man auch im Wirtschaftsleben den Bogen nicht überspannen soll und daß ein dauerndes Aufrätenlassen der Lebensinteressen der wichtigsten Abnehmer keiner Industrie Segen bringen kann.

Airchliche Nachrichten.

Donnerstag den 26. Juli 1923.

Bärenburg, 1/2 8 Uhr Andacht in der Kapelle.
Dessa. Abends 1/4 9 Uhr Posaunenmissionsgottesdienst in der Barbarakapelle.

Sämtliche Far